

54

Die Benachteiligung der Gemeinde Wien bei der Verteilung der staatlichen Wohnbaukredite.

Eine amtliche Mitteilung bemüht sich, durch Aneinanderreihung von Zahlen die von StR. Weber in der letzten Sitzung des Stadtsenates gemachte Feststellung, dass die Gemeinde Wien bei der Verteilung der staatlichen Wohnbaukredite um Milliarden benachteiligt worden sei, zu berichtigen. Dem gegenüber stellt das Wiener Wohnungsamt neuerlich fest:

Der Bundesregierung standen im ganzen 67 Milliarden Kronen für die Förderung der ^{wovon} Tätigkeit zur Verfügung, nach den Beschlüssen des parlamentarischen Beirates 62 Milliarden für Neubauten und 5 Milliarden für Notwohnungen und als Reserve bestimmt wurden.

Nach dem ursprünglichen Beschluss des Beirates hätten davon auf Wien 40 Prozent oder 26.8 Milliarden entfallen sollen. Nach der veröffentlichten amtlichen Darstellung selbst aber erhielt Wien nur 9.4 + 2.1 + 10.1 + 0.9 zusammen 22.5 Milliarden, also um 4.3 Milliarden weniger.

Legt man aber selbst für den letzten (vierten) Kredit von 19 Milliarden statt des Schlüssels von 40 Prozent den willkürlich angenommenen Bevölkerungschlüssel (28.6 Prozent für Wien) zugrunde, so würden auf Wien noch immer 24.6 Milliarden entfallen, so dass der faktisch ausbezahlte Betrag dahinter noch immer um 2.1 Milliarden zurückbleibt.

Dabei ist noch ausserdem zu berücksichtigen, dass in der amtlichen Darstellung alle Zuwendungen zusammengezählt werden, die für das Gebiet von Wien gemacht wurden, also auch solche, die nicht der Gemeinde Wien zugekommen sind, sondern über den Rahmen des Wohnbau- und Siedlungsprogrammes der Gemeinde hinaus und zum Teil gegen den Willen der Gemeinde von der Bundesregierung einseitig für von ihr begünstigte Wohn- und Siedlungsbauten so z.B. die Volkswohnungsbaugenossenschaft in Floridsdorf oder die Siedlungsgenossenschaft der Militärgagisten gegeben wurden. Diese Zuwendungen, welche demnach von den der Gemeinde Wien zugerechneten Anteil abzuziehen sind, betragen mindestens 3 Milliarden. Ueberdies sind in die amtlich angegebenen Gesamtzahlen sogar die Zahlungen für einige ausserhalb des Gebietes von Wien bauende Siedlungsgenossenschaften (Essling und Pressbaum) eingerechnet.

Noch krasser tritt das Missverhältnis bei der Verteilung des Kredits für Notwohnungen in Erscheinung. Hier stand widmungsgemäss der Bundesverwaltung der Betrag von 5 Milliarden zu Verfügung. Hievon hätte also nach dem Verteilungsschlüssel Wien 2 Milliarden zu bekommen gehabt. Nach der amtlichen Feststellung selbst erhielt es jedoch nur den Betrag von 900 Millionen, wovon abermals ein beträchtlicher Teil auf irgendwelche, von der Regierung einseitig ^{bedachte} Bauführungen entfällt, so dass die Zuwendungen, die die Gemeinde Wien tatsächlich erhalten hat, nur rund 246 Millionen betragen.

Die amtliche Darstellung versucht diese offenkundige Benachteiligung der Bundeshauptstadt wenigstens teilweise - soweit die Verteilung des vierten Kredites in Frage kommt - durch Berufung auf das Gutachten von Technikern zu bemängeln, die den Grad der Vollendung der einzelnen Bauten überprüften. Dieser Versuch muss schon mit dem Hinweis darauf zurückgewiesen werden, dass zuerst die Quoten festgesetzt wurden, die auf die einzelnen Bundesländer entfielen und die Gutachten der Techniker sich dann in dem damit gegebenen Rahmen bewegen mussten. Ueberdies wird die Behauptung, dass im Augenblick der Verteilung (anfangs November ¹⁹²²) von den Bauten der Gemeinde Wien nur ein einziger grösserer Gebäudekomplex und mehrere Stockwerksaufsetzungen als beinahe fertig in Betracht ^{kamen} bis schon durch die Tatsache widerlegt, dass Ende Dezember acht von den zehn Hochbauten der Gemeinde Wien vollständig fertig waren und heute ^{bereits} grösstenteils/bezogen sind. Bemerkenswert ist, dass Ende Oktober

Herr Minister a.D. Dr. Pauer selbst die Wohnhausbauten der Gemeinde besichtigt und sich von ihrem Baufortschritt überzeugt hat. Noch bemerkenswerter ist, dass ungefähr zur gleichen Zeit der Wohnhausbau der Volkswohnungsbaugenossenschaft in Floridsdorf erst begonnen, ^{aber} nichtsdestoweniger subventioniert wurde.

Die amtliche Rechtfertigung schliesst mit der Behauptung, dass die Darstellung des StR. Weber im Wiener Stadtssenat jeder Grundlage entbehre. Aber diese Rechtfertigung liefert selbst die Grundlage, die sie bestm ^{ist} tet. Weit entfernt davon, die Feststellungen des StR. Weber zu entkräften, bestätigt sie vielmehr neuerlich die schwere Schädigung, die von der Bundesregierung dem an Volkszahl und Steuerkraft stärksten Bundesland zugefügt wurde.

den 27. ds.
Sitzungen im Rathaus. Kommende Woche findet Dienstag/um 10 Uhr eine Sitzung des Stadtsenates, Freitag, den 2. März/um 4 Uhr nachmittags eine Gemeinderatssitzung statt.

Die Wahrheit über die Fremdenzimmerabgabe. StR. Breitner ersucht uns um die Aufnahme folgender Darstellung: In der Generalversammlung des Gremiums der Wiener Hoteliers hat der Vorsteher, Herr Nagler, Behauptungen aufgestellt, die so sehr mit der Wirklichkeit in Widerspruch stehen, dass sie einer Richtigstellung unbedingt bedürfen. Herr Nagler behauptet, dass die Wiener Hotels an Zimmerabgabe 128 Milliarden Kronen entrichten. Diese Ziffer ist völlig frei erfunden und kommt leider dem tatsächlichen Steuerertrag auch nicht im Entferntesten nahe. Die Gesamteinnahme an Fremdenzimmerabgabe im Jahre 1922 betrug 15 Milliarden Kronen, in welcher Summe auch die Steuer der Pensionen und Sanatorien enthalten ist. Für den Monat Jänner d.J. haben sämtliche Wiener Hotels an Fremdenzimmerabgabe 1809 Millionen entrichtet. Auf das Jahr gerechnet ergibt das etwa 21 Milliarden Kronen, wobei jedoch im Sommer Mindereinnahmen zu gewärtigen sind. Wie man sieht, fehlen von den 128 Milliarden Kronen zumindest 107 Milliarden. Ebenso völlig unzutreffend ist die Behauptung des Gremialvorstehers, dass von mir „zwar ein kleiner Abzug versprochen, aber nicht gehalten wurde.“ Wenn Herr Nagler davon erzählt, dass die Abgabesätze bis auf 60% erhöht wurden, so musste man nach seinen Ausführungen annehmen, dass dieser für die Zeit der Höchstkonjunktur gültig gewesene Steuersatz auch jetzt noch eingehoben wird. Es ist indess dem Herrn Gremialvorsteher sehr genau bekannt, dass es seit 15. Oktober 1922 in Wien kein einziges Hotel gibt, das mehr als 42% zu zahlen hat. Allerdings kommt ^{gerade} dem Gremium der Hoteliers ^{darin} gar kein Verdienst zu. Vielmehr trat ^{zuerst} die ^{Vereinigung} der Wiener Hoteliers, welche die 47 grössten und leistungsfähigsten Betriebe umfasst, ^{an} die Gemeinde um eine Ermässigung der Abgabe heran. Das Gremium, das ^{aus} Zeitungsberichten von diesem Schritte erfahren hatte, stellte das Verlangen, mit Rücksicht auf seinen Charakter, als offizielle Zwangsgenossenschaft zu den Verhandlungen herangezogen zu werden. Diesem Wunsche wurde auch entsprochen. In einer im Rathaus abgehaltenen Sitzung wurden die Verhältnisse des Hotelgewerbes erörtert und die Vereinbarung getroffen, dass ab 15. Oktober der Höchstsatz der Steuer auf 42% herabgesetzt werden solle. Das Gremium und die Hoteliervereinigung wurden aufgefordert, nunmehr detaillierte Vorschläge zu erstatten, wie die einzelnen Hotels, entsprechend ihrer Grösse, Lage und Ausstattung in die einzelnen Steuergruppen zwischen 30 und 42% eingereiht werden sollten. Der Vorschlag des Gremiums der Hoteliers, Zahl 1584 vom 30. Oktober 1922 brachte nun allerdings eine ganz ausserordentliche Ueberraschung und schuf eine völlig neue, ganz einzigartige Lage. Entgegen dem in Anwesenheit des Vertreters des Gremiums auf Drängen der Hoteliers gefassten Beschlusse, dass der Höchstbetrag der Besteuerung 42% nicht überschrei-

ten solle, schlug das Gremium zwei der namhaftesten Wiener Hotels - Grand Hotel und Hotel Sacher - für eine Steuer von fünfzig Prozent vor! Beim Grand Hotel schreibt das Gremium: „Besonders günstige Lage, starke Frequenz, verträgt höhere Preise.“ Beim Hotel Sacher: „Besonders leistungsfähig“. Dies am 30. Oktober, in einer Zeit der wirklichen Krisis der Hotelindustrie. Ich befand mich als Finanzreferent damals in einer Situation, wie ich sie noch nie vorher erlebt hatte. Zum ersten Male machte eine Interessentenvertretung den Vorschlag, einen höheren Steuersatz in Anwendung zu bringen, als dies in vorhergegangenen langwierigen Verhandlungen von den Interessenten durchgesetzt worden war. Das Gremium zeigte sich also fiskalischer als der Finanzreferent selbst. Die Verlockung, den vom Gremium angebotenen höheren Steuersatz zu verhängen, war gewiss eine ausserordentlich grosse. Ich habe indess dennoch die Weisung gegeben, auch bei Grand Hotel und Sacher über den Satz von 42 Prozent nicht hinauszugehen. Bestimmend hierfür war eine Eingabe des Betriebsrates der Angestellten, die mit Recht darauf verwiesen, dass durch eine solche Sonderbesteuerung die beiden Betriebe ihre Konkurrenzfähigkeit einbüßen müssten und ein bedeutender Personalabbau die unvermeidliche sofortige Folge wäre. Wiewohl ich durch den Vorschlag des Gremiums formal gedeckt gewesen wäre, lehnte ich es also ab, eine ruinöse Steuerpolitik zu treiben. Aber auch die übrigen Vorschläge des Gremiums, soweit sie sich auf die wirklich den Ruf der Wiener Hotelindustrie begründenden Häuser bezogen, waren von grosser Härte, während die kleinen Vorstadtbetriebe und Stundenhôtels sehr liebevoll behandelt erschienen. So heisst es beispielsweise beim Hotel Royal, Hotel de France, Hotel Siller (Germania), Hotel Kaiserin Elisabeth, Hotel Kraus, Hotel Müller, Parkhotel IV. Bezirk, Hotel Bellevue und anderen „Verträgt höhere Preise!“. Der Magistrat hat sich veranlasst gesehen, bei 31 Hôtels niedrigere Steuersätze vorzuschreiben als dies nach dem Antrage des Gremiums der Fall gewesen wäre. Hingegen ist nun in einem einzigen Falle (Parkhotel Hietzing um 3%) eine Erhöhung vorgenommen worden. Daraus kann jedermann beurteilen, ob der Vorwurf fiskalischer Engherzigkeit berechtigt ist. In der Generalversammlung des Gremiums hat Herr Hotelier Hess vom Oesterreichischen Hof der Gremialvorsteherung für ihre Bemühungen im Interesse der Wiener Hoteliers gedankt, bemerkte ^{aber} dass die Erfolge dieser Bemühungen leider noch nicht ausreichende seien. Es ist ^{nun} ganz interessant, dass das Gremium das Hotel Oesterreichischer Hof für eine Steuer von 39 Prozent vorgeschlagen hat, während der Magistrat eine solche von nur 33 Prozent für gerechtfertigt befunden und vorgeschrieben hat. Herr Direktor Waktor vom Hotel Continental erging sich gleichfalls in Angriffen gegen die kommunale Steuerpraxis. Nach dem Vorschlage des Gremiums ^{aber} wäre das Hotel Continental mit 36 Prozent ^{besteuert} worden während der Magistrat sich mit 23 Prozent begnügt hat. Angesichts dieses jederzeit dokumentarisch nachweisbaren Tatbestandes überlasse ich das Urteil über die Behauptungen des Herren Gremialvorstehers Nagler gestrotzt der Öffentlichkeit. Was die Fremdenzimmerabgabe als solche anlangt, so besteht die Absicht, auch heuer für die verkehrsschwachen Sommermonate eine weitere Begünstigung eintreten zu lassen. Nach den geschilderten Erfahrungen wird es allerdings im Interesse der Wiener Hotelindustrie geboten sein, die bezüglichen Verhandlungen nicht mit dem derzeitigen Gremialvorsteher zu führen.

Der Fortschritt des Ybbstarkraftwerkes. Die Arbeiten an dem Wasserkraftwerk bei Opponitz, welches schon im nächsten Jahre Wien mit billigeren Wasserkraftstrom versorgen soll, schreiten trotz der ungünstigen Jahreszeit günstig fort. Vor wenigen Tagen, am 21. Februar, wurde an der Südseite des grossen Frieslingstollens der erste Kilometer erreicht. Der Frieslingstollen, der in einer Länge von mehr als 4 km den Frieslingberg durchbricht, stellt in dem grossen Bauprogramm des Opponitzer Werkes das schwierigste Stück dar. Von dem gesamten 10 km langen Stollen sind Mitte Februar bereits nahezu die Hälfte aufgeschlossen gewesen und werden nun ausgemauert. In Anbetracht der ungünstigen Witterungsverhältnisse im vorigen Sommer, die die Arbeiten beeinträchtigt haben und mit Rücksicht auf die schwierigen Gesteinsverhältnisse ist der Erfolg des ersten Baujahres - die Arbeiten wurden im März v. J. aufgenommen - ein durchaus erfreulicher. An dem Bau sind gegenwärtig etwa 1000 Arbeiter beschäftigt; ihre Zahl dürfte im Frühjahr vermehrt werden.

Eine Spende für die städtischen Sammlungen. Die Schauspielerin Frau Auguste Wilbrandt-Baudius hat dem ^{städtischen Sammlungen} einen Abguss der rechten Hand der Dichterin Marie Ebner-Eschenbach und das Werk „Henriette Feuerbach“ von Uhde-Bernays gespendet. Der Bürgermeister hat ihr für diese Widmung in der letzten Gemeinderatssitzung den Dank ausgesprochen.

Die Kohlenpreise. In der vergangenen Woche wurden bekanntlich die Preise für ein Kilogramm Kohle um 137 Kronen erhöht. Eine Ausnahme hat nur die von der Gemeinde Wien gegründete Wiener Holz- und Kohlenverkaufsgesellschaft („Wihoko“) gemacht, die von jeder Preiserhöhung absah. Auf den 28 Verkaufsplätzen der „Wihoko“ in den Wiener Bezirken, kostete auch in der vergangenen Woche ein Kilogramm Kohle nur 974 Kronen. Bloss auf einzelnen entlegenen Verkaufsplätzen, wo die Zufuhrspesen besonders hoch sind, mussten 1000 K verlangt werden, während der Kleinhandelspreis in den Geschäften allgemein 1200 K betrug. Die Holzpreise der „Wihoko“ betragen für ein Kilogramm 450 bis 480 K gegenüber 600 bis 800 Kronen im sonstigen Kleinhandel.

Entfallender Empfang beim Bürgermeister.
Wegen dienstlicher Verhinderung entfällt Montag den 26. d. M. der Empfang beim Bürgermeister Neumann.